

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l
der 11. Sitzung des Bundesrates vom 12. Februar 1963

<u>Vorsitz:</u>	Hr. Bundespräsident Spühler	
<u>Abwesend:</u>	niemand	
<u>Schriftführer:</u>	Herren Oser und Weber	
<u>Protokolle:</u>	keine	
<u>Beginn:</u>	9 Uhr	<u>Schluss:</u> 11 Uhr 40

Schriftliche Anträge

Justiz- und Polizeidepartement

Beschwerde Adolf Grüninger, Mitlödi, betr. Nichtbankwürdigkeit von Fleisch

Herr Wahlen bemerkt zunächst, dass er es als übertrieben erachte, dass solche Dinge vor den Bundesrat kommen. Abgesehen davon, sei es nicht in Ordnung, dass Grüninger von den Kosten befreit werde, nachdem er in einer sehr unklaren Rechtslage vor dem Bundesrat unterlegen sei.

Herr von Moos antwortet, dass die Befreiung von der Bezahlung der Expertenkosten gemäss Ziffer 1 des Dispositivs in Ordnung sei, denn diese Expertise sei zugunsten des Beschwerdeführers ausgefallen (vgl. S. 6, Ziff. 3 des Beschwerdeentscheides). Was der Verzicht Beschwerdekosten aufzuerlegen betrifft, steht der Entscheid nicht im Widerspruch mit den einschlägigen bundesrechtlichen Vorschriften (vgl. S. 6 vorletzter Absatz des Beschwerdeentscheides). Es liege ein Grenzfall vor.

Herr Wahlen insistiert nicht weiter, nachdem sein Hauptanliegen gewesen sei, sich zu beklagen, dass der Bundesrat mit solchen Dingen seine Zeit verlieren müsse.

Post- und Eisenbahndepartement

Kleine Anfrage Bösch vom 17. Dezember 1962

Herr von Moos stimmt grundsätzlich zu, wirft aber die Frage auf, ob nicht der Absender verlangen könne, dass die Post seine Sendungen abnimmt und weiterleitet.

Herr Spühler antwortet, daraus, dass die Zustellung solcher Sendungen ganz allgemein nicht unter dem Postregal stehe, ergebe sich, dass auch kein Unterschied gemacht werden könne zwischen der Behandlung des Absenders und derjenigen des Empfängers.

Zur Verdeutlichung wird beschlossen, in der 6. Zeile von unten das Wort "ihm" zu streichen.



Ermächtigung der PTT-Betriebe zu vorzeitigen Materialbestellungen für die Jahre 1964 und 1965

Herr Bonvin bemerkt, dass es sich hier um eine Massnahme handle, die der Konjunkturüberhitzung entgegenwirke.

Beschwerde betr. Wiedereinbürgerung der Frau Olga Lionnet-Coeudevey, Sochaux

Das JPD beantragt, im Gegensatz zum PED, das der Beschwerdeführerin entgegenkommen will, die Abweisung der Beschwerde.

Herr von Moos ist der Meinung, dass sich die Beschwerdeführerin die Situation, in die sie geraten sei, selber zuzuschreiben habe, weil sie bei ihrer Wiederverheiratung, die im Mitbericht des JPD vom 21. Januar 1963 festgestellten Unterlassungen begangen habe. Dazu fehle es auch an den normalen Voraussetzungen für die Wiedereinbürgerung in der Schweiz, nämlich die Verbundenheit mit der alten Heimat.

Herr Wahlen hat den Fall durch den Rechtsdienst des EPD prüfen lassen und stellt fest, dass die Konsequenz des Antrages des JPD die Staatenlosigkeit der Frau wäre. Es handle sich offenbar um eine etwas unbeholfene Person. Als Grenzgängerin sei sie nicht so sehr auf Kontakte mit der Schweizerkolonie angewiesen gewesen. Wenn im Bericht des JPD von einer "conduite douteuse" geschrieben werde, so sei damit nur ihr Verhalten in der Frage der Erlangung des Bürgerrechtes gemeint. Aus diesen Überlegungen stimme er dem Antrage des PED auf Gutheissung der Beschwerde zu.

Herr Bonvin stellt fest, dass die Frau als Schweizerin geboren wurde und den grössten Teil ihres Lebens (von 1897 - 1944) Schweizerin war. Dieses Element dürfe wohl auch als Beweis für die Verbundenheit mit unserem Lande berücksichtigt werden.

Mit 5 zu 2 Stimmen wird der Antrag des PED zum Beschluss erhoben.

Aussprache

Volkswirtschaftsdepartement

Bericht über die Integrationsfrage

Herr von Moos ist mit den Ausführungen im persönlichen Bericht des Herrn Schaffner vom 7. Februar und im gemeinsamen Bericht des EPD und EVD vom 9. Februar 1963 einverstanden. Mit seinen Bemerkungen wolle er dieses Einverständnis mit der vorgezeichneten Haltung nicht in Frage stellen. Zu den drei im Bericht Schaffner erwähnten theoretischen Möglichkeiten könnte man wohl intern "das Dahinfallen des Verhandlungsgesuches" als vierte Möglichkeit beifügen. Herr Staatssekretär Lahr habe davon gesprochen. Man könnte diese Möglichkeit aber auch subsumieren unter Ziffer 2 "Zuwartende Haltung". Es handle sich hier um eine rechtstheoretische Frage, der man einige Aufmerksamkeit schenken sollte.

Richtig sei, dass man weiter unsere Solidarität mit den EFTA-Partnern aufrecht halten wolle, auch mit den beiden Neutralen, obwohl sich viel geändert habe. Die Solidarität mit den Neutralen präsentiere sich heute etwas anders. Nachdem einzelne Neutrale

besondere Wege gehen, wären auch wir eigentlich nicht mehr gebunden.

Interessiert habe ihn die Erwägung, unsere Erklärung könne etwas restriktiv interpretiert werden. Diese Interpretation sollte uns dazu führen, auch am Gedanken ~~der~~ Kündigungsmöglichkeit möglichst festzuhalten.
einer umfassenderen

Die Londoner Erklärung von 1962 sei in ihrem Sinne völlig umgekehrt worden. Sie sei abgegeben worden unter der Voraussetzung, dass England vorausmarschiere, dass es aber nicht definitiv abschliessen dürfe, bevor nicht auch die Beitrittsmöglichkeit der andern EFTA-Staaten geregelt sei. Heute stehe man vor der Sachlage, dass England nicht als Vollmitglied beitreten könne, aber selber eine Assoziation ausschliesse, sodass auch die Frage, ob die Londoner Erklärung noch gelte, offen sei.

Herr Wahlen bemerkt, dass man heute feststellen dürfe, dass sich in der Integrationsfrage die bundesrätliche Politik bewährt habe. Der seinerzeitige Vorwurf, "wir hätten den Zug verpasst" erweise sich im Lichte der Entwicklung als eine Absurdität. Wären wir Mitglieder der EWG, stünden wir heute in der gleichen demütigenden Stellung wie die Beneluxstaaten. Später habe man erklärt, wir hätten uns assoziieren sollen. Wenn man zurückblicke auf das Verhalten der Amerikaner und der sechs EWG-Staaten, dann zeige sich, dass eine Assoziation nicht in Frage kommen konnte, wegen der Gefahr, dass wegen der Gewährung eines solchen Sonderstatutes andere ausbrechen könnten. An der EFTA-Botschaft des Bundesrates wäre auch heute nichts zu ändern. Wir seien in der EFTA auch in der neuen Situation. Sollte ein Schatten auf unsere Grundsätze der Unabhängigkeit und Neutralität fallen, so würden wir uns zurückziehen.

Der Entscheid der Frage, ob unser Gesuch zusammen mit den andern Beitritts- und Assoziationsgesuchen dahingefallen seien, müsse man der EWG überlassen. Herr Wahlen begreife nicht, wieso Norwegen zu seinem Entschluss gekommen sei, sein Beitrittsgesuch als dahingefallen zu erklären, während die Engländer ausdrücklich feststellen, dass ihr Wille zum Beitritt bestehen bleibe.

Was die Solidarität der Neutralen betreffe, sei es gut gewesen, dass die drei Neutralen trotz den unterschiedlichen Rechtsgrundlagen in den wesentlichen Punkten Uebereinstimmung erzielt und ihr Vorgehen koordiniert hätten. Wenn nun die Oesterreicher ihren Weg selber gehen wollen, hätten wir wohl kaum Anlass ihren Schutzengel zu spielen. Es frage sich, ob man, wie dies übrigens der österreichische Botschafter im Privatgespräch am Diplomaten dinner angeregt habe, Oesterreich warnen sollte, was bei der internen Meinungsverschiedenheit in der Regierung kaum Erfolg haben dürfte. Auch Herr Kreisky habe jetzt mit Sondierungen begonnen, ob ein Einzelgang Aussichten hätte. Es sei zu hoffen, dass er die Antwort erhalten, dass dies aussichtslos sei. Keiner der 5 Länder der EWG, die der französischen Haltung entgegengetreten seien, könnten jetzt hier ein Entgegenkommen zeigen. Man werde die Neutralitätssolidaritätsfront weiter im Auge behalten, wenn wir auch nach dem Verhalten Oesterreichs nicht mehr gebunden seien.

Die Erklärung von London erachte er bei der ganzen Sachlage nicht mehr als verbindlich. Sie habe tatsächlich eine Umkehrung erfahren und sei rechtlich nicht mehr wirksam. Man müsse sich auf eine lange Wartefrist gefasst machen und zunächst einmal abwarten, bis die "Keñedyrunde" durch sei (s. Schreiben von Herrn Schaffner). England hätte an eine neue Fassung der Solidaritätserklärung gedacht. Die 7 EFTA-Länder könnten sich über das Fortbestehen der Solidarität verständigen. Man müsse abwarten, wie England seinen Weg finden werde. Macmillan sei in einer äusserst schwierigen Lage. Bisher habe sich im Verhältnis England EWG nichts herauskristallisiert.

Was eine Ausdehnung der EFTA betreffe, teile er grundsätzlich die von Herrn Schaffner in seinem Bericht vom 7. Februar vertretene Meinung. Eine Ausdehnung der EFTA auf den Commonwealth und die USA müsste wohl zu einem Bruche zwischen EWG und EFTA führen.

Herr Chaudet teilt ebenfalls die Auffassung, dass von den drei theoretischen Möglichkeiten nur die eine in Frage komme, nämlich die abzuwarten und weiter Kandidat zu bleiben. Mit einer Aktivierung unseres Assoziationswunsches würden wir uns nur lächerlich machen, bei einem Rückzug unserer Erklärung würde der Eindruck erweckt, dass wir nicht wissen was wir wollen. Die EWG bestehe fort und funktioniere. Ein Rückzug würde auch wie eine Unterstützung Englands wirken. Das ganze Problem müsste man in die gesamte internationale Lage stellen, wo die Spannungszeichen überall zunehmen. In solchen Lagen sollten wir ruhig bleiben und nicht noch Öl ins Feuer giessen. Wir sollten deshalb in der EFTA weitermachen und daraus das bestmögliche Resultat ziehen.

Herr Schaffner stimmt den Ausführungen von Herrn Wahlen in allen Teilen zu und erklärt sich vor allem dafür dankbar, dass Herr Wahlen die EFTA-Politik als die einzig mögliche bezeichnet habe. Man hätte überhaupt nie die Alternative eines andern Weges gehabt und man brauche sich daher nicht einmal etwas einzubilden, dass man den richtigen Weg gegangen sei. Herr Schaffner weist dies an Hand der Entwicklung nach. Als sich seinerzeit herauskristallisiert hätte, dass eine europäische Freihandelszone verwirklicht werden könne, sei durch den Coup von Herrn Soustelle das Erreichte genau so torpediert worden, wie dies heute bei der EWG der Fall sei. Herr Schaffner habe noch als Chef der Handelsabteilung, nach dem Scheitern der Freihandelszone, im Auftrage des Bundesrates sondiert, wie es mit einer bilateralen Assoziation stünde. Die Antwort hätte gelautet, der Augenblick wäre nicht günstig. Man könne nicht der kleinen Schweiz eine solche Ausnahmestellung geben, bevor nicht die andern in Aussicht genommenen Staaten dabei wären als Vollmitglieder. Nachher habe man den Weg über die EFTA versucht und England vorausgeschickt. Im Momente des in Aussicht stehenden Erfolges sei wieder ein französisches Veto gekommen, das vom Januar 1963.

Man dürfe sich jetzt nicht so verhalten, dass uns das als Stellungnahme für England ausgelegt werden könne. Deshalb wäre es falsch, das Gesuch zurückzuziehen. Wir sollten der Sache den Lauf lassen. Mit einer Einladung der EWG werde man nicht rechnen müssen.

Die zuständige Kommission hätte übrigens dem EWG-Parlament einen Bericht erstattet über die Assoziationsmöglichkeit der Neutralen. Diese Grundlage sei sehr schlecht.

Kreisky sei von den Franzosen vollständig abgewiesen worden. Man dürfe den innenpolitischen Sorgen Oesterreichs keine zu grosse Bedeutung beimessen. Der Alleingang werde zu keinem Ziel führen. Was das englische Versprechen anbelange, hätten wir allen Grund zu wünschen, dass es nicht geändert werde.

Es sei interessant festzustellen, wie man im Norden reagiere. Die grossen sozialdemokratischen Parteien hätten grosse Aufrufe gemacht, dass es jetzt vor allem darauf ankomme, konkurrenzfähig zu bleiben. Auch in England erkläre man, dass die Angelegenheit so lange dauern werde, dass man die Konkurrenzfähigkeit erhalten müsse. Auch die Schweiz müsse jetzt das eigene Haus in Ordnung halten. Die Ungewissheit der weiteren Entwicklung der Integration bringe es mit sich, dass die Investitionstätigkeit nachlasse und das Unternehmen wie Sulzer, Arbeiter entlasse und Brown Boveri ebenfalls an Abbau denke. Wir würden ~~bald eine durch~~
~~Abkühlung der Konjunktur erleben~~ und müssten ^{nun auch} die innere Disziplin fördern, um konkurrenzfähig bleiben zu können.

H die Diskriminierung ~~einem~~ zunehmenden Druck auf die Exportkonjunktur erleben

Herr Bonvin stellt ebenfalls fest, dass die Ereignisse die Richtigkeit der Politik der Schweiz bewiesen hätten. Auf der wirtschaftlichen Ebene gehe die Gemeinschaft weiter. Die politische Gemeinschaft sei durch die Franzosen zerstört worden. Weil wir nur die wirtschaftliche Gemeinschaft wünschen, müssten wir in der EFTA weiter machen und schauen, dass die EFTA aufrecht erhalten bleibe, sodass wir trotz der politischen Schwierigkeiten weiter leben können.

Wir sollten fortfahren unsere Unternehmen zu ermuntern, ihre Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen und Erscheinungen wie sie sich im Tabakgeschäft zeigen, entgegentreten.

Der Herr Bundespräsident bemerkt, dass man die hypothetische Frage stellen könnte, in welche Situation wir kämen, wenn uns die EWG mitteilen würde, wir wären bei ihr willkommen? Das wäre für uns das Nachteilhaftigste. Aus der Antwort auf diese hypothetische Frage ergebe sich der Hinweis auf unser Verhalten. Ein Alleingang käme nicht in Frage, auch wenn man uns grösste Avancen machen würde. Unser Gesuch solle aufrecht erhalten bleiben. Es würde aber wohl nichts schaden, wenn die EFTA-Ministerkonferenz ausdrücklich zum Schlusse käme, dass die Gesuche aufrecht erhalten bleiben, dass aber für den Augenblick die Aufnahme in die EWG illusorisch geworden sei. Die Voraussetzungen seitens der EFTA-Länder seien noch die gleichen, doch bestehe keine praktische Möglichkeit der Verwirklichung.

Man bleibe nach wie vor im Wartezimmer, als was die EFTA von Anfang an aufgefasst worden sei. Man sollte aber dieses Wartezimmer etwas komfortabler ausbauen, indem man die EFTA aktiviere. Je stärker die Gruppe der EFTA sei, desto stärker stehe sie auch gegenüber der EWG da. Im Zollabbau sollte die EFTA mit der EWG Schritt halten.

Eine neue Solidaritätserklärung erachtet der Sprechende als nicht tunlich, dagegen wäre es nützlich, das gute Zusammenhalten zu

proklamieren und die Sondierungen einzelner EFTA-Länder nicht als Schwächung der EFTA erscheinen zu lassen.

Der USA sollte begreiflich gemacht werden, dass es in Europa noch etwas andere gebe als die EWG. Man sollte ihr auch begreiflich machen, warum wir in einem solchen Gebilde nicht als Vollmitglied mitmachen könnten. Das Gespräch mit den USA wäre zu intensivieren.

Die Entwicklungsländer würden in Opposition gedrängt zur EWG. Auch hier müssten wir gegenüber den Entwicklungsländern mit der EWG gleichziehen.

Herr Wahlen erinnert daran, dass unsere Ausfuhr folgende Verteilung aufweise:

nach Uebersee 23 %.

Diese Exporte seien nur ausdehnungsfähig, wenn wir sie selbst vorfinanzieren;

nach Europa 67 %
nach USA 10 %.

Es ergebe sich daraus, dass wir in erster Linie auf Europa angewiesen seien. Deshalb solle die EFTA die Aufgabe eines Verständigungsinstrumentes beibehalten.

Nach dieser Aussprache heisst der Rat den gemeinsamen Bericht des EPD und des EVD einstimmig gut.

U m f r a g e

Hr. W a h l e n

Einladung Indien

Herr Wahlen stellt fest, dass im Hinblick auf die politische Lage Indiens der Nationalfeiertag nur in bescheidenerem Rahmen durchgeführt werde und es den Botschaften überlassen bleibe, eine Cocktaileinladung zu veranstalten. Es rechtfertige sich, die Einladung des Botschafters gleich zu behandeln wie ein Nationalfeiertag.

Herr Tschudi wird abgeordnet.

Hr. C h a u d e t

Einladung an die Gemeindepräsidenten der Franches Montagnes

Herr Chaudet teilt mit, dass er die Präsidenten der in Frage kommenden Gemeinden zu einer Konferenz nach Tavannes eingeladen habe. Diese Einladung sei von ihnen in der Presse bekannt gemacht worden. Einer der Präsidenten habe angenommen. Sie hätten mitgeteilt, dass sie Bedingungen stellen würden. Eine Teilnahme von Tramelan sei nicht erwünscht. Das Gespräch solle in einer der Gemeinden der Freiberge stattfinden.

Herr Chaudet stellt fest, dass dieses Klima nur von einigen Separatisten geschürt werde. Er warte ab, wie sich die Angelegenheit entwickle und werde die Zusammenkunft verschieben, wenn sie nicht nachgeben.

Hr. W a h l e nLage in Irak

Man wisse nicht wohin das Schiff treibe. Es scheine, dass sich die Leute an der Spitze bewusst seien, dass man ohne die Einnahmen aus dem Oel nicht leben könne. Auch halte sie der Gedanke, mit Nasser teilen zu müssen, etwas zurück. Sollten schärfere Elemente ans Ruder kommen, dann könnte der ganze nahe Osten zusammenfallen. Es sei zu hoffen, dass es nicht so weit komme. Der Schweizerkolonie sei nichts passiert.

PräsidentialvorbringenRohrleitungsgesetz; Stellungnahme der ständerätlichen Kommission

Herr Spühler orientiert über das Ergebnis der Verhandlungen. Die Vorlage sei mit zwei neuen materiellen Aenderungen genehmigt worden (Art. 3, Abs. 1, Buchstabe t gemäss früherem Antrag der Kommissionsminderheit des Nationalrates). (Art. 4, Abs. 1, Aenderung des Erfordernisses der schweizerischen Kapitalmehrheit durch die Fassung "juristische Personen, die nicht durch ausländische Interessen beherrscht werden" und Streichung von Abs. 2).

Herr Spühler habe erklärt, dass er unter Vorbehalt der Stellungnahme des Bundesrates zustimmen könne. Diese Aenderung sei einstimmig gutgeheissen worden.

Auf Grund der Voten von Herrn Wahlen und Herrn Schaffner, die dieser Aenderung etwas skeptisch gegenüberstehen, erklärt sich Herr Spühler bereit, dem EPD und dem EVD den genauen Wortlaut der neuen Bestimmung zur Stellungnahme zu unterbreiten. Der Bundesrat würde dann Gelegenheit erhalten, auf Grund dieser Ueberprüfung seinen Standpunkt für die Verhandlungen im Plenum festzulegen.

Besoldungen und Ruhegehälter der Bundesräte

Es findet ein Gedankenaustausch statt, um dem Herrn Bundespräsidenten die Unterlagen für die heutige Besprechung mit dem Präsidenten der Finanzkommission zu verschaffen.

Konferenz von leitenden Funktionären der politischen Polizei der Kantone mit der Bundespolizei

Für diese im April stattfindende Konferenz wird die Ueberlassung des Nationalrats ~~satz~~ gewünscht. Der Rat ist einverstanden.

Knabenmusiktreffen in Chur

Dem Wunsche, einen Bundesrat abzuordnen, kann nicht entsprochen werden. Das könnte aus einem Jubiläumsanlass eines solchen Verbandes in Frage kommen. Für diese Veranstaltung ist ein Offizier abzuordnen. (s. Beschlussprotokoll).

Urlaub des Herrn Bundespräsidenten

Der Rat nimmt davon Kenntnis, dass Herr Spühler vom 14. - 20. Februar Urlaub nehmen möchte.

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 10. Sitzung vom 8. Februar wird mit Aenderungen bei den Geschäften "Einreihung des gelernten Handwerkers, Revision der Aemterklassifikation", "Religionsfeindliche und unzüchtige Veröffentlichung in der deutschen Zeitschrift Revue" und Abschied des russischen Botschafters" genehmigt.

* * *